

in Kartoffeln, Hülsenfrüchten, Fett und Milch sowie in Petroleum und Kohle herrschende Knappheit und betont, daß auch hier dringendste Abhilfe notwendig sei.

Obmannstellvertreter Oberkurator v. Steiner, der den Vorsitz übernommen hatte, macht den Vorschlag, die Debatte nach vier Gruppen abzuführen, und zwar Erzeugung, Erfassung der Vorräte, Preisregelung und Verteilung.

Der Kartoffelmangel.

Bürgermeister Dr. Wilhelm (Mährisch-Schönberg) erklärt, daß die zur Abgabe gelangenden deutschen Rohrüben durchaus nicht als Ersatz für Kartoffeln betrachtet werden können. Der andauernde Mangel an Kartoffeln könnte zu unangenehmen Konsequenzen führen, und es wäre deshalb bei der Vortragsrede beim Ernährungsminister darauf besonderes Gewicht zu legen. Der Redner wünscht schließlich eine möglichst genaue Umschreibung des Begriffes „Hamstern“.

Die Erfassung der Vorräte.

Bürgermeister Bornemann (Aussig) bezeichnet es als sehr wichtig, daß es gelinge, die landwirtschaftlichen Produkte vom Erzeuger, so weit er deren nicht unbedingt bedarf, in möglichst vollständigem Ausmaß zu erfassen. Viele Landwirte fürchten aber, daß man ihnen auch die Soaifkartoffeln wegnimmt. Da den Gemeinden nicht genügende Mengen von Nahrungsmitteln von den verschiedenen Zentralstellen zur Verfügung gestellt werden, werden sie oft gezwungen, die Höchstpreise zu übertreten.

Bürgermeister Tschel (Budweis) besprach sodann die sinkende Milchproduktion, die abgesehen von der Schlachtung der Kühe, durch das schlechte Futter verursacht wird. Durch Ueberlassung von Kraftfutter wäre die zwei- bis dreifache Menge von Milch bei den Kühen zu erzielen.

Bürgermeister Dr. Weislichner: Es handelt sich nicht nur darum, die Nahrungsmittel im eigenen Lande zu erfassen, sondern es müsse auch ein großer Wert darauf gelegt werden, daß auch in den okkupierten Gebieten die Nahrungsmittel in zweckmäßiger Weise erfasst und alle jene Quantitäten, die von der Militärverwaltung nicht benötigt werden, der Zivilbevölkerung überlassen werden. Wir müssen also vom Ernährungsminister verlangen, daß die Vorräte, die in genügenden Mengen in den okkupierten Ländern vorhanden sind, auch dem Hinterlande zugänglich gemacht werden.

Die Dotierung der Industriearbeiter.

Bürgermeister Dr. Weislichner sagt, daß das vom Vertreter der Stadt Aussig angeordnete Streben, die Kriegsendustriellen Arbeiter bei der Rationierung in einem eigenen Verband zusammenzuschließen, kein Geheimnis mehr sei. Durch diese in Aussicht genommene Maßregel werden den Gemeinden Schwierigkeiten bereitet. Redner gibt der Meinung Ausdruck, daß, wenn die Regierung oder die Militärverwaltung Wert darauf legen, die genannten Betriebe besonders zu versorgen, die strikte Forderung aufgestellt werden müsse, daß eine gleichmäßige Dotierung erfolge.

Des weiteren betont Redner die Notwendigkeit einer gleichmäßigen Handhabung der Höchstpreise in den beiden Reichshälften. Die Höchstpreise müssen systematisch verordnet werden und dürfen nicht lokaler Natur sein.

Amtsrat Dr. Valentin (Marburg) gibt der Meinung Ausdruck, daß es unbedingt notwendig sei, der Spekulation und Preistreiberi an den Leib zu gehen.

Die Gewinne der Kontrahenten.

Hg. Pachter regt an, daß der Bund der deutschen Städte ebenso wie der Deutsche Nationalverband die Rechnungslegung der Zentralstellen verlange. Redner führt Fälle von Preissteigerungen an und weist darauf hin, wie sich die Zentralbehörden zum Beispiel bei Leder, Zucker usw. in den genannten Fällen verhalten hätten. Redner teilt mit, daß im Handelsministerium ein Petroleumbeirat gegründet werde. Des weiteren betont er, daß die Hoffnungen, die man an die Gründung des Ernährungsministeriums knüpfte, nicht so rosig seien, da die Frage der Kompetenzen durchaus noch nicht hinwegfalle.

Die Entschlieung.

Es wurde sodann folgende Entschlieung einstimmig angenommen:

Der Bund der deutschen Städte Oesterreichs begrüßt die von ihm wiederholt geforderte Errichtung eines I. L. Amtes für Volksernährung und die Bestellung des Präsidenten dieses Amtes mit dem Rang eines Ministers. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es dem Amte für Volksernährung gelingen wird, alle Maßnahmen zu treffen, damit die vorhandenen Vorräte an Nahrungsmitteln und anderen unentbehrlichen Bedarfsartikeln in der geeignetsten und gerechtesten Weise verwendet werden. Zu diesem Behufe werden insbesondere folgende Forderungen gestellt:

1. Erzeugung. Es sind rechtzeitig alle Vorkehrungen zu treffen, damit die Ertragsfähigkeit des Bodens im höchsten Maße ausgenutzt und eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung in diesem und im nächsten Jahre gewährleistet werde. Hierbei ist der Sicherstellung der erforderlichen Arbeitskräfte und Zugtiere sowie auch der Bereitstellung der Futtermittel zu angemessenen Preisen ein besonderes Augenmerk zuzuwenden.

2. Erfassung der Nahrungsmittel. Die bestehenden Verordnungen sind streng durchzuführen, gegen Anhäufung von Nahrungsmitteln zu Spekulationszwecken und gegen die Hamsterei sind die noch notwendigen Vorkehrungen zu treffen. Alle unentbehrlichen Nahrungsmittel sind unter Sperre zu legen, ein Anbotswang der Käufer ist festzustellen, und wo es nötig ist, muß mit der Verschlagnahme vorgegangen werden.

3. Preisregelung. Die Einhaltung der gesetzlich festgestellten Höchstpreise ist sorgfältig zu überwachen. Es muß aber auch für die Möglichkeit der Einhaltung der Höchstpreise dadurch gesorgt werden, daß die Bestimmungen über die Höchstpreise in ein System gebracht werden, das vom Erzeuger bis zum letzten Verkäufer reicht, jedem, der in gesetzlicher und notwendiger Weise zur Verteilung der Waren beiträgt, einen bürgerlichen Gewinn sichert und den Kettenhandel ausschaltet. Bezüglich der Preisbildung ist auch durch Eindämmung des Banknotenumlaufes dafür Sorge zu tragen, daß der Wert des Geldes gebessert werde und damit ein systematischer Abbau der Preise aller Bedarfsartikel erfolge.

4. Verteilung. Die durch die behördlich legitimierten Zentralstellen zur Verteilung gelangenden Nahrungsmittel und Bedarfsartikel müssen allen Ländern und allen Kreisen der Bevölkerung gleichmäßig zugänglich gemacht werden, wobei die notwendige Bevorzugung der Schwerarbeiter aufrechtzuerhalten hat. Doppelversorgungen sind auch in allen öffentlichen Auspeiseanstalten streng zu vermeiden. Bei den vom Staat eingesetzten Approvisionierungsstellen ist auf möglichste Verbilligung der Verwaltungsbeirichtungen hinzuwirken und es sind diese Stellen zur öffentlichen Rechnungslegung zu verpflichten. Die Verteilungspläne müssen über-

1917

11
Hörte 153

lin